

Gutes Leben benötigt Existenzgeld!

Ein Lied geht durch die Welt. Ein Lied über ein ausreichendes Einkommen für alle Menschen, egal ob man in dem Land, in dem man lebt und dieses Einkommen bezieht, auch geboren ist! Es wird von Jahr zu Jahr immer lauter und entwickelt sich zu einer breiten Bewegung!

Vorbemerkung

Mit der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz der Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens hat es seinen Nischenplatz verlassen, muss sich aber gleichzeitig der Vereinnahmung von neoliberalen Kreisen und jeglicher grundlegender Gesellschaftskritik fernen Personen und Gruppen erwehren. Eine Entwicklung, die nicht besonders überraschen dürfte, da geschichtlich gesehen alle fortschrittlichen Ideen immer im Kreuzfeuer standen bzw. einem Anpassungsdruck ausgesetzt waren.

Aus diesem Grund ist es unser Anliegen den Begriff der Emanzipation mit dem Inhalt des Grundeinkommens in Verbindung zu bringen: Wir setzen gegen neoliberale Konzepte des Grundeinkommens eine eigene antikapitalistische Agenda, die im Kern ein Existenzgeld enthält.

Wir verstehen **Emanzipation** als individuelle Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben anzustreben, mit dem Ziel die daraus entstehenden Freiheiten und Fähigkeiten kollektiv zu nutzen, um die kapitalistische Wirtschaftsform zu überwinden und ein gutes Leben für alle zu erreichen.

Wir sprechen dann von einem **emanzipatorischen Grundeinkommen**, wenn es die Befreiung aus Abhängigkeit und Unmündigkeit fördern kann. Es überwindet den heute vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmen, indem es Herrschaftsverhältnisse und ihre Zwänge angreift und für eine Gesellschaft ohne Kontrolle der Lebensverhältnisse einsteht.

Die antikapitalistische Agenda gibt auf die systemischen Krisen umfassende Antworten. Sie betont die Notwendigkeit eines möglichst hohen frei verfügbaren Einkommens, präferiert die Entwicklung von Gratisprinzipien sozialer Infrastrukturen, unterstützt alle Aktivitäten, die zu einer ideologischen oder realen Schwächung kapitalistischer Betriebsweisen, etwa dem Zwang zur Lohnarbeit (z.B. durch Regelsatzerhöhungen, Sanktionsreduzierungen) beitragen, fördert demgegenüber Selbstorganisation und Selbstbestimmung, nicht zuletzt für die Herstellung von Infrastrukturen und anderen geteilten Gütern, knüpft daher an die Diskussionen über das Prinzip des guten Lebens an, kümmert sich um Zusammenhänge zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen, kann dadurch Kontakte herstellen zu anderen sozialen Bewegungen (Commons, solidarische Ökonomie, Feminismus, Degrowth, Bewegungen prekärer Arbeit, Anti-Repression, Postkolonialismus etc.), sie kann diese mit neuen Impulsen und Ideen anreichern, vielleicht verbinden, und besitzt eine globale Sicht (gegen nationalistische Lösungen).

Das gute Leben

Die Forderung nach einem guten Leben umfasst theoretische und praktische Erfahrungen über die jetzigen sozialen Zustände, weist aber auch auf eine Perspektive jenseits kapitalistischer Zumutungen hin, sie versteht sich als anti-kapitalistisch. Die Forderung ist nicht defensiv, mit dem Wort „gut“ verdeutlicht sie einen positiven Anspruch. Die Bestimmung des guten Lebens ist kein abgeschlossener Prozess, sondern verändert sich mit den Ergebnissen der Diskussionen.

Das gute Leben stellt eine inhaltliche Klammer für alle emanzipatorischen sozialen Bewegungen dar.

Dem überwiegenden Teil von MieterInnen, Erwerbslosen/prekär Beschäftigten,

MigrantInnen/Flüchtlingen, StudentInnen und anderen sozialen Gruppen fehlt es an einer

umfassenden und ausreichenden existentiellen Absicherung ohne Gegenleistungen. Es fehlen ihnen grundlegende soziale Rechte und der freie Zugang zu kostenloser sozialer Infrastruktur.

Aus dieser sozialen Realität heraus ergeben sich Diskussionen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Themen:

Wie wollen wir leben? Was benötigen wir, das wir nicht kaufen können?

Welchen Lebensstil präferieren wir, im Zusammenhang mit Klimawandel und Konsumverhalten? Für wen wollen wir produzieren, für einen Markt oder eine Gemeinschaft? Das „gute Leben“ orientiert sich nicht an Erwerbsarbeit, im besten Sinne verdrängt es die Lohnarbeit schrittweise und ermöglicht selbstbestimmt und selbstorganisiert die freie Entscheidung über die Art der Tätigkeit.

Wir sind der Meinung, dass eine Alternative zum Kapitalismus mit der Forderung nach einem guten Leben für Alle umschrieben werden kann. Ein Mittel dorthin zu kommen ist das Existenzgeld.

Warum brauchen wir Existenzgeld?

Armut ist im Kapitalismus nicht zu lösen. Während die einen immer reicher werden, fehlt es den anderen an ausreichenden finanziellen Mitteln, um ein gutes Leben zu gestalten. Die Ausbeutung von Kontinenten und der Zwang zur Lohnarbeit sind kennzeichnend für die heutigen

Gesellschaftssysteme. Kapitalismus spaltet die Gesellschaft. Millionen Menschen leben in

Deutschland in Armut oder sind dem Risiko der Armut ausgesetzt. Dabei spielt es keine große Rolle,

ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen oder Sozialleistungen beziehen. Wirtschaftswachstum und

Lohnkämpfe haben an dieser Situation kaum etwas geändert, obwohl der gesellschaftliche Reichtum

für ein gutes Leben für alle reichen würde. Ebenso wenig führt die Tatsache, dass immer weniger

Arbeitszeit benötigt wird, um bestimmte gesellschaftlich notwendige Dinge herzustellen zu einem

besseren Leben. Die ökonomisch und politisch bestimmende Klasse eignet sich einen Großteil der

produzierten Werte an und legt über die von ihnen abhängigen politischen Institutionen fest wieviel

Lohn, welche Sozialleistungen und welche Renten der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Der Zwang zur Lohn- und Erwerbsarbeit ist der „Nabel der ökonomischen Welt“ (Karl Reitter). Nur

wer sich voll und ganz der Erwerbsarbeit zur Verfügung stellt hat Zugriff auf das Lebensnotwendigste,

kann auf Anerkennung, Wertschätzung und Teilhabe hoffen. Ähnlich auch das Arbeitslosengeld I,

Krankengeld sowie die Renten und die Grundsicherungssysteme: alle beziehen sich auf die Höhe des

vorherigen Einkommens über Erwerbsarbeit oder verbinden den Bezug von Leistungen mit einem

Arbeitszwang. Armut wird dadurch vorprogrammiert und erscheint als unausweichlich.

Ein anderes, besseres Leben ist für einen Großteil der Bevölkerung unter diesen ökonomischen und sozialen Verhältnissen nicht möglich.

Eine Alternative zum Gegenwärtigen muss an der unmittelbaren Lebenssituation der Menschen ansetzen: dem ökonomischen Auskommen!

Auf diesem Hintergrund entstand und entwickelte sich das Konzept Existenzgeld, als Kritik an der Art und Weise des gegenwärtig dominierenden Arbeitens und Lebens, mit dem Ziel der Überwindung der selbigen und des Aufbaus einer selbstorganisierten, egalitären, demokratischen Gesellschaftsform.

Wer entwickelte die Forderung nach Existenzgeld und wann entstand sie?

Die Forderung nach einem Existenzgeld entstand etwa 1980 zu einem Zeitpunkt, als die Zahl der Erwerbslosen in der BRD die Millionengrenze überschritt und Arbeitslosigkeit als Teil kapitalistischer Produktion wieder verstärkt sichtbar wurde.

Erwerbslose, SozialhilfebezieherInnen und JobberInnen (heute als „prekär Beschäftigte“ bezeichnet), oftmals organisiert in bundesweiten unabhängigen Organisationen, suchten nach einer Alternative zur Lohnarbeit. Wenn sie überhaupt zur Verfügung stand, bedeutete sie Armut, soziale Ausgrenzung und Disziplinierung. An Vollbeschäftigung glaubte keiner der damaligen AkteurInnen. Sie wollten eine das herrschende System überwindende, für alle gleiche Forderung, die ein gutes Leben ermöglichen würde. Ideengeber waren dabei u.a. die Erfahrungen der italienischen Arbeiterkämpfe der Siebziger Jahre und die Debatte in der Theoriezeitschrift „Autonomie“ um einen „politischen Lohn“. Auch feministische Impulse flossen ein, etwa die Kritik am vorherrschenden Arbeitsbegriff, der nur die Erwerbsarbeit anerkennt und unbezahlte Arbeit unsichtbar macht, sowie die Forderung nach dem Individualprinzip bei Sozialleistungen zur Überwindung familiärer Abhängigkeiten.

Was ist das Existenzgeld?

Das Existenzgeld ist ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es entspricht den Kriterien des bundesweiten Netzwerkes Grundeinkommen, geht aber darüber hinaus. Das „Netzwerk Grundeinkommen“ ist von VertreterInnen des Existenzgeldes im Jahre 2004 mitgegründet worden. Dabei wurde festgelegt, dass es einen individuellen Rechtsanspruch auf Einkommen für alle Menschen geben soll. Dieser ist bedingungslos zu gewähren, ohne Bedürftigkeitsprüfung auszusahlen, an keinen Zwang zur Arbeit gebunden und muss sowohl die Existenz sichern als auch eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Darüber hinaus gilt Existenzgeld als globales soziales Recht unabhängig von Staatsbürgerschaft und berücksichtigt MigrantInnen und Flüchtlinge. Wir betrachten das Existenzgeld als Menschenrecht im Rahmen der weltweit geführten Kämpfe und Debatten um Recht auf Nahrung (FIAN) und Recht auf Wohnen (Habitat-Netzwerk).

Existenzgeld impliziert den Kampf gegen geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und legt die materielle Grundlage für eine radikale Umverteilung der bezahlten und unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern. In der Höhe des zu gewährenden Existenzgeldes gehen wir von einem Betrag aus, der eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die Höhe des Existenzgeldes muss deshalb die tatsächlich, an aktuellen Preisen gemessenen Grundbedürfnisse (Wohnen, Kleidung, Essen, Gesundheitspflege, Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung [z.B.

PC, Handy)) umfassen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, am soziokulturellen Leben teilzunehmen, so z.B. Reisen zur Bildung, Erholung oder zum Besuch von FreundInnen oder Familie zu unternehmen.

Die Forderung nach Existenzgeld ist aus sozialen Kämpfen entstanden, setzt an den allgemeinen Auseinandersetzungen zur Daseinsversorgung an und weist darüber hinaus auf ein zukünftiges Leben, für das es sich lohnt zu kämpfen. Aus diesem Grund ist Existenzgeld eingebettet in eine Strategie der grundsätzlichen ökonomischen und sozialen Veränderung bestehender Verhältnisse. Diese Umwälzungen bilden die Voraussetzungen, damit Existenzgeld überhaupt eine emanzipatorische Wirkung entfalten kann. Als reine Geldforderung könnten bestehende gesellschaftliche Missverhältnisse weiter stabilisiert werden.

Das Existenzgeld für Deutschland umfasst eine Höhe von 1.000 € Lebenshaltungskosten (netto) im Monat. Sie setzen sich zusammen aus der Summe von notwendigen Bedarfen, wie Ernährung, Bekleidung und Soziales, die von Betroffenen in verschiedenen selbstbestimmten Panels errechnet wurden. Dazu kommen noch die tatsächlichen Wohnkosten (ausgenommen Wuchermieten) plus Kranken- und Pflegeversicherung für alle, für die ein Existenzgeld das einzige Einkommen ist. Entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungs- und Teilhabekosten muss dieser Betrag für die folgenden Jahre dynamisiert werden.

Das Existenzgeld würde Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II, Kinderzuschlag, Krankengeld, Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kindergeld, Erziehungsgeld und BAföG ersetzen. Einkommen aus Renten, Pensionen und Arbeitslosengeld werden in unser Finanzierungsmodell eingebunden. Dennoch soll es auch weiterhin Sonderbedarfe geben, die nicht über das Existenzgeld abgedeckt werden können: zum Beispiel für behinderte und chronisch kranke Personen.

Das Existenzgeld hätte - de facto - die Funktion einer Mindestrente, eines Mindestlohns, eines Mindestarbeitslosengeldes, eines Mindestkrankengeldes, unabhängig von weiteren gesetzlichen etc. Definitionen.

Wie bekommen wir die Finanzierung hin?

Wir glauben, dass die Finanzierung eines Existenzgeldes möglich ist, allerdings setzt dies eine politische Entscheidungsfreudigkeit voraus, die wiederum Bewusstseinsveränderung und politische Kämpfe voraussetzt.

Obwohl letzteres in dem Maße nicht vorhanden ist, haben wir bereits zu einem frühen Zeitpunkt (2000 und 2008) eine Machbarkeitsstudie erstellt. Zentrales Element ist eine 50%-Abgabe („Take-Half“) auf jegliche Arten von Nettoeinkommen nach jetzigem Steuerrecht.

Demnach wäre das Existenzgeld bundesfinanziert durch den bisherigen Teil des Steueraufkommens für o.g. soziale Transferleistungen, die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge und die zukünftige zweckgebundene Existenzgeld-Abgabe von 50% ("Take-half") auf Nettoeinkommen (auch auf Gewinne) jeglicher Höhe. Einzelne Steuerarten wären einzuführen bzw. neu festzusetzen: z.B. Spekulationsgewinnsteuer, Kapitalexpertsteuer (Tobin), Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer.

Die Take-half-Regelung ist eine 50%ige zweckgebundene Abgabe für alle.

Beispiel zum Existenzgeld bei 2.000 Euro Einkommen:

Eine Person, die jetzt 2.000 € netto hat (egal ob Lohneinkommen, Rente, Arbeitslosengeld, Einnahmen aus Miet- oder Immobilienerträgen etc.) würde dann 1.000 € "Take-half" abgeben. Zu den verbleibenden 1.000 € kommen 1.000 € Existenzgeld, was 2.000 € (plus tatsächliche Wohnkosten) ergibt; wobei entweder über das Einkommen oder das Existenzgeld oder beides die volle Kranken- und Pflegeversicherung garantiert ist.

Eine Person, die jetzt 10.000 € netto hat, würde dann 5.000 € „Take-half“ abgeben. Zu den verbleibenden 5.000 € kommen 1.000 € Existenzgeld, was 6.000 € (plus, soweit benötigt, tatsächliche Wohnkosten und Kranken-/Pflegeversicherung) ergibt.

Wer mehr verdient, hat dann weniger zur Verfügung und wer weniger verdient, wiederum mehr! Unter diesen Voraussetzungen ließe sich ein Existenzgeld finanzieren.

Da diese Lösungsvariante unterschiedliche Kritiken hervorruft, weisen wir darauf hin, dass es auch andere Berechnungsmöglichkeiten gibt. Beim Finanzierungskonzept des Existenzgeldes steht die gesellschaftlich notwendige Umverteilung von oben nach unten im Vordergrund.

Wie verwirklichen wir das Konzept Existenzgeld?

Es dürfte mittlerweile klar geworden sein, dass es Erwerbslosengruppen nicht ausschließlich um eine (möglichst hohe) Geldforderung geht, sondern dass das Existenzgeld eine (wenn auch wesentliche) Forderung unter vielen anderen ist. Denn nur in der Verbindung verschiedener Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen lässt sich eine breite außerparlamentarische Bewegung entwickeln. Neben der Forderung nach Legalisierung des Flüchtlingsrechts und des Aufenthaltes Illegalisierter sind dies u.a. die Rücknahme der Privatisierung öffentlicher und sozialer Infrastruktur und die Umkehrung der gesamten Steuerpolitik zu Lasten der Konzerne und Kapitaleigner. Als Basis für ein Bündnis mit Lohnabhängigen stehen die radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein allgemeiner Mindestlohn im Mittelpunkt. Die Kombination von Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld bringt Interessen zusammen und eröffnet Perspektiven über die Lohnarbeitsgesellschaft hinaus. Ein Existenzgeld hätte einen ‚Arbeitszeitverkürzungseffekt‘, denn je höher es wäre, umso größer wäre der Arbeitszeitverkürzungsanreiz für Gutverdienende und umso geringer der Arbeitszeitverlängerungsanreiz für Schlechtverdienende. Ein Existenzgeld hat einen Mindestlohn-Effekt, weil es bei entsprechender Höhe die Ablehnung von Armuts- und Niedriglöhnen ermöglicht. Und schließlich kommt das Existenzgeld allen zugute, nicht nur den Erwerbstätigen.

Wir wissen, dass es möglich ist, innerhalb kapitalistischer Verhältnisse soziale Verbesserungen zu erreichen; emanzipative Bestrebungen müssen bereits dort entfaltet werden bzw. Elemente einer neuen Gesellschaft müssen bereits in der alten entstehen. Deshalb kämpfen wir auch schon jetzt für ein gutes Leben im Zusammenhang mit der Herstellung einer Sozialpolitik als Sicherung der sozialen Infrastruktur (siehe www.links-netz.de). Es gilt z.B., dass die Einrichtungen der Gesundheitssicherung, der Bildung, des Transports (Nahverkehr) und der Energieversorgung kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Solche Teilkämpfe für eine allen zugängliche soziale Infrastruktur öffnen in ihrer politischen Verallgemeinerung auch die Zugänge zu anderen politischen

Bewegungen, etwa mit der Forderung nach einem Recht auf ein gutes Leben für alle ohne Zwang zur Arbeit.

Worin unterscheidet sich das Existenzgeld von anderen Grundeinkommensmodellen?

Das Existenzgeld einer antikapitalistischen Agenda unterscheidet sich von anderen Ideen und Vorschlägen zum Grundeinkommen:

durch eine **grundsätzliche** Einschätzung, dass der Kapitalismus keine ökonomische oder politische Basis für die Alternative einer besseren Gesellschaftsordnung bietet.

Sie geht aber über kapitalabhängig kontrollierte Arbeit hinaus, betrifft institutionalisierte Marktverhältnisse und die umfassende Organisation von Waren-/Gelderzeugung, die zusammen die Lebensverhältnisse und ihre Wahrnehmung beherrschen. Deshalb soll die Debatte über ein System des guten Lebens für alle andere, neue Institutionen in den Blick bringen. Als Bedingung dafür sind direkte und konkrete Verbesserungen der sozialen Lage eines Großteils der Bevölkerung notwendig. Diese orientieren sich an einer Zurückdrängung des Zwanges zur Lohnarbeit und an einer Sozialökonomie für die Bereitstellung von gesellschaftlicher Infrastruktur.

durch die **Höhe** und **Finanzierung** des Existenzgeldes, die bereits ausführlicher behandelt wurden

durch sein **Emanzipationsfundament**:

Zentrale Elemente eines Emanzipationsfundamentes sind die Befreiung von Abhängigkeit und Unmündigkeit, sowie die Überwindung von Herrschaftsstrukturen und Verwertungsinteressen.

Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt es freie (sich dem ökonomischen Zwang widersetzen), selbstbestimmte Menschen, die gemeinsam miteinander Ökonomie, Politik und Alltag (Arbeitswelt, Produktionsweise, Demokratieverständnis, Geschlechterverhältnis und Ökologie) grundlegend verändern wollen.

Die Verbesserung der sozialen Lage eines Großteils der Bevölkerung soll im Mittelpunkt stehen, bei gleichzeitiger, kollektiv geführter Auseinandersetzung über ein anderes Gesellschaftssystem, das einem guten Leben für Alle zur Geltung verhilft.

Den Zwang zur Lohnarbeit einzudämmen oder gar aufzuheben (bei gleichzeitig ausreichendem Einkommensbezug) führt nicht automatisch zu einer emanzipatorischen Gesellschaftsformation, bietet aber innerhalb der antikapitalistischen Agenda eine Grundlage autonom (aufgrund fehlender materieller Zwänge) und in gemeinsamen Aktivitäten mit anderen, Alternativen zur kapitalabhängig kontrollierten Arbeit und der umfassenden Organisation von Waren-/Gelderzeugung zu denken und sie schließlich auch aufzubauen.

Wir stellen ein kapitalistisches System in Frage, dass trotz immensen gesellschaftlichen Reichtums immer umfassendere Armut produziert und Massenarbeitslosigkeit zur Disziplinierung und Spaltung nutzt.

Wir stellen ein kapitalistisches System in Frage, das von der Ausbeutung Einzelner sowie ganzer Kontinente seinen Reichtum in privater Form anhäuft. Dies schließt auch eine Auseinandersetzung über die Art und Weise mit ein, wie die Arbeit organisiert ist und was für wen produziert wird. Die bedarfsorientierte Produktion und damit die gesellschaftliche Aneignung der Arbeit erhalten einen besonderen Stellenwert in unserem Konzept.

Wir stellen ein System in Frage, das uns Lohnarbeit als alleinige Voraussetzung für eine befriedigende

Existenz verkauft. Mehr denn je sollen unsere Kräfte und unsere Phantasie durch Arbeitsmoral gebunden werden.

Wir verdeutlichen mit unserem Konzept, dass unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen Schritte zu einem Existenzgeld erkämpft werden müssen, um die Voraussetzungen für ein anderes Leben und Arbeiten zu schaffen. Gleichzeitig sind die materiellen Voraussetzungen für eine existenzielle Absicherung für alle vorhanden. Es wird politisch entschieden bzw. erkämpft werden, wie der gesellschaftliche Reichtum herzustellen und zu verteilen ist. Ebenso geht es uns aber auch darum, den Konsumwahn zu hinterfragen, bei dem es weniger um die Befriedigung unserer Bedürfnisse geht, als vielmehr darum, in uns immer neue zum Teil sinnlose Konsumbedürfnisse zu wecken.

Weitere Informationen:

Hans-Peter Krebs/Harald Rein (Hrsg.): Existenzgeld, Münster 2000

Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (Hrsg.): Existenzgeld für Alle, Neu-Ulm 2000

Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (Hrsg.): Existenzgeld reloaded, Neu-Ulm 2008

Anne Allex/Harald Rein: „Den Maschinen die Arbeit ... uns das Vergnügen“ Beiträge zum Existenzgeld, Neu-Ulm 2011

Karl Reitter: Bedingungsloses Grundeinkommen, Wien 2012

Werner Rätz u.a. (Hrsg.): Digitalisierung? Grundeinkommen!, Wien 2019

www.bagshi.org

www.grundeinkommen.de